



13.01.2021

ARE-KURZINFORMATION NR. 336

*Liebe Mitglieder, Freunde und Mitstreiter für Rechtsstaat, Recht und Eigentum,
Wiedergutmachung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren,*

Unseren letzten Rundschreiben und Veröffentlichungen konnten Sie entnehmen, wie umfangreich im neuen Jahr die Tätigkeitsfelder und Aufgaben unseres Zusammenschlusses sein werden.

1. Novellierung der Rehabilitierungsgesetze

Nach der 2019 erfolgten Entfristung gibt es die Möglichkeit neue Anträge zu stellen, Verfahren wieder aufzunehmen und Konsequenzen aus diesem Paradigmenwechsel zu nutzen.

2. Defizite aus dem Einigungsvertrag

Nach wie vor muss an der Beseitigung der bis heute unerfüllten Forderungen und Festlegungen des Einigungsvertrags offensiv gearbeitet werden.

3. Aufarbeitung des Unrechts speziell in den ländlichen Räumen

Immer noch sind nicht verjährte Unrechtsfälle der LPG-Vermögensauseinandersetzung mit ihren Folgen weder politisch noch juristisch abgeschlossen. Hierzu ist ein über 1500 Fälle umfassendes Prozessarchiv für die Aufarbeitung zu nutzen.

4. Unrechtsthematik Bodenreform I und II

Mit neuen Quellen und politischen Initiativen sind die Konfiskationen/Enteignungen weiterhin zu thematisieren und aufzuarbeiten.- Dies gilt für die SBZ-Konfiskationen ebenso wie für die Enteignungen ab 1990.

5. Begleitung der Forschungsarbeit und Erinnerungskultur

Für laufende Forschungsvorhaben, insbesondere in Kooperation mit Universitäten, politischen und fachlichen Institutionen bieten die Dokumentationen und Zeitzeugnisse des ARE Zusammenschlusses wichtige Ansätze.

6. Tätigkeit für Bildungsarbeit und Schulprojekte

Nach erfolgreichen Initiativen ab 2017, ist verstärkte und vertiefte Bildungsarbeit. Ein Schwerpunkt soll gelegt werden auf die stärkere Vermittlung für Jugendliche in den alten- wie in den jungen Bundesländern.

7. *Aufbau Ost- Förderprogramme und Kulturerbe*

Ansätze zur Schadensbegrenzung im Eigentumsrecht und der Mittelstandsförderung sind ebenso weiter zu verfolgen, wie der Schutz des Kulturerbes (Denkmale, Zeitzeugnisse usw.)

8. *Dokumentations- und Aufarbeitungszentrum Plänitz*

Die vorhandenen Materialien, Zeitdokumente sind zügig für die professionelle Nutzung für die Öffentlichkeit insbesondere für Doktoranden und die weitere Aufarbeitung zu nutzen, das Zentrum bedarf der weiteren Ausgestaltung und Ergänzung.

Auf folgende **Themen** möchten wir heute besonders aufmerksam machen:

- Umsetzung der Rehabilitierungsvorschriften nach der Entfristung

Außer an verschiedenen juristischen Veröffentlichungen und politischen Anfragen wird an den in früheren Kurzinfos erwähnten Musterfällen für die Bereiche Boden- und Industriereform sowie anderen Bereichen des Rehabilitierungsrechts weiter gearbeitet. Zum erreichten Stand des Themenbereichs wird ein umfangreiches Kompendium zum aktuellen Sachstand vorbereitet

- BVVG Kontakte zu Fragen des EALG und Verträgen

Mit den Verfahrensbeteiligten, dem Bundesfinanzministerium und der BVVG selbst laufen Gespräche zur Abstimmung bei verschiedenen Fragen zum EALG bis hin zu Vertragsauslegungen und laufenden Verfahren in der Windkraftfrage.

Immer noch erfahren wir sehr positive Würdigungen als Nachhall zu unserer Festschrift anlässlich unseres 25jährigen Bestehen, aber der Ausblick auf das Jahr 2021 und die Herausforderung werden auch erkannt und bedürfen der ständigen Begleitung und Unterstützung.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau des Dokumentations- und Aufarbeitungszentrums Plänitz, für das nach der offiziellen Bestätigung des LEADER/LELF Förderprogramms die entscheidenden Vorbereitungen laufen. Ein weiterer Schwerpunkt, sind die erwähnten Musterverfahren unter der fachlichen Leitung von Dr. Wasmuth.

Für die Unterstützung der Musterverfahren benötigen wir ebenfalls Ihre Mithilfe, da die Antragsteller mit ihrer Vorleistung für die Allgemeinheit nicht allein gelassen werden dürfen.

Als weiterer Punkt erwähnen wir die verstärkte Wiederaufnahme der Thematik „Richterkontrolle“, die -auf der Homepage von Dr. Lieser (<http://www.richterkontrolle.de>) eingebunden ist- und die ein Schwerpunkt auf das Versagen beim Bundesverwaltungsgericht gelegt wird. Hier geht es darum die folgenreichen Entscheidungen über die Thematisierung und Öffentlichkeitswirkung schrittweise „aufzubrechen“. Der inhaltliche Schwerpunkt der Richterkontrolle ist die flächendeckende Ablehnung der Rehabilitierung von geschädigten Verfolgungsoptionern der SBZ und der DDR. Mindestens 15 falsche Entscheidungen müssen jetzt bearbeitet und eingestellt werden.

Auf unserem Programm steht auch die Vorbereitung des 23.04.2021 an dem sich die erste Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht zum 30-igsten Mal jährt. Für uns Gelegenheit und Auftrag, die Fehldeutungen und Auswirkungen dieser ersten Entscheidung im Lichte auch des neuen Quellenmaterials in die Öffentlichkeit zu bringen und die Gesamthematik wieder bewusst zu machen.

Mit Blick auf die Zusammenfassung dieser wichtigen Punkte möchten wir Ihnen und Ihren Familien alles Gute für das neue und voraussichtlich spannende Jahr wünschen, und die Hoffnung äußern, dass Sie uns eine entsprechende Planung und Umsetzung ermöglichen durch eine aktuelle „Kraftstoffunterstützung“.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr ARE-TEAM

M. Graf v. Schwerin



P:S. Als Anhang erhalten Sie vorbereiteter Überweisungsträger mit eingetragenen Verwendungszwecke zur Auswahl und den genannten Hauptthemen.